

„Wer sagt ihr, daß ich sei?“

Generalversammlung des Reformierten Weltbundes in Seoul

Unter diesem Thema, der Frage Jesu an seine Jünger nach Mk 8,29, kam vom 15. bis 26. August 1989 die 22. Generalversammlung des Reformierten Weltbundes in Seoul in Korea zusammen. Zum ersten Mal in der über hundertjährigen Geschichte trafen sich etwa 400 Delegierte, Berater und Beobachter aus den über 170 Mitgliedskirchen und befreundeten Kirchen an einem Ort in Asien zu einer Generalversammlung. Der Reformierte Weltbund umfaßt etwa 70 Mio Christen in allen Kontinenten; etwa zwei Drittel der Mitgliedskirchen gehören zur sog. Dritten Welt.

Während die letzte Generalversammlung vor sieben Jahren in Ottawa mit „Südafrika“ ein beherrschendes Thema hatte, fehlte dieses in Seoul. Vielmehr ging es darum, die Ansätze von Ottawa, etwa in der Frage Südafrika oder beim Thema „Gerechtigkeit und Frieden“, zu vertiefen und fortzusetzen. Auf vielfältige Weise wurde versucht, Richtlinien für das Christusbekenntnis in heutiger Zeit zu geben. Dabei bedeutet Bekenntnis weniger ein formuliertes schriftliches Bekenntnis (bezeichnenderweise haben die Reformierten keine allgemein anerkannte Bekenntnisschrift) als das aktuelle Bekennen durch Wort und Tat in einer konkreten Situation.

Die Sektion I „Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Zeugnis“ beschäftigte sich mit der Frage des status confessionis, der Gemeinschaft von Frauen und Männern und dem Verhältnis von Evangelium und Kultur.

Es wurde festgestellt, daß die Erklärung des status confessionis in der Frage der Rassentrennung von 1982 angemessen war. Die Ausrufung des status confessionis gründet sich in der Überzeugung, daß die Integrität des Evangeliums auf dem Spiel steht; sie ist ein Ruf vom Irrtum zur Wahrheit. Der status confessionis erfordert von der Kirche eine klare, eindeutige Entscheidung für die Wahrheit des Evangeliums und identifiziert die gegenteilige Ansicht in Leben und Lehre als Häresie. Deshalb wurde betont, daß die Erklärung des status confessionis nur mit größter Ernsthaftigkeit behandelt werden darf, und davor gewarnt, sie bei solchen Anliegen zu erklären, die nicht im Zentrum des Evangeliums stehen, um so moralischen Druck auf Andersdenkende auszuüben. Aus diesem Grunde wurde wohl auch nicht in weiteren Fragen (etwa Ungerechtigkeit der Weltwirtschaft; Unterdrückung der Frauen) der status confessionis erklärt, obwohl dies von manchen Beobachtern erwartet worden war.

Vorbereitet durch eine gemeinsame Bibelarbeit von Elisabeth und Jürgen Moltmann, in der das Christusbekenntnis des Petrus nach Mk 8 mit dem Bekenntnis der Martha nach Joh 11,27 verbunden wurde, befaßte sich die Generalversammlung intensiv mit der Gemeinschaft von Frauen und Männern. Es wurde festgestellt, daß Frauen in vielen Gesellschaften geringere Rechte haben als Männer und daß sie auch in den Kirchen häufig in den Entscheidungsgremien und in den Leitungen nur in geringer Zahl oder gar nicht vertreten sind. Deshalb wurden die Mitgliedskirchen aufgefordert, danach zu streben, die Schranken niederzureißen, die immer noch Frauen und Männer in den kirchlichen Gemeinschaften trennen. Die Kirchen sollten neu hören, was das biblische Zeugnis über die Partnerschaft von Frauen und

Männern sagt, um ihre Theologie und ihre Praxis mit dem Ziel zu überprüfen, Sexismus zu erkennen und zu beseitigen, „Inklusivität“ in der Sprache und im Handeln zu erreichen und zu erkennen, welche Gaben und Talente Frauen für den Dienst in der Kirche haben. Frauen sollten in vollem Umfang an den Leitungsaufgaben der Kirche auf allen Ebenen beteiligt werden. Eindringlich wurden die Mitgliedskirchen, die zur Zeit noch keine Ordination von Frauen zulassen, gebeten, ihre Position im Lichte des biblischen Zeugnisses von der Einheit von Frauen und Männern in Jesus Christus neu zu überdenken.

Zum Problem „Evangelium und Kultur“ wurde festgestellt, daß das Evangelium in verschiedenen Kulturen Wurzeln geschlagen hat. Die Fleischwerdung Jesu Christi verlangt, daß wir auch die Kultur ernst nehmen; denn er kam in eine bestimmte Kultur hinein. Zugleich aber wird durch Christus die Kultur gerichtet und verwandelt. Dennoch wird sie nicht vernichtet, sondern vervollkommnet und transformiert. Das Evangelium hat das Kriterium zu sein, an dem die Dinge in einer jeden Kultur gemessen werden, um festzustellen, was mit dem Glauben vereinbar ist und was geändert werden muß.

Nach langer Zeit stand mit dem Thema der Sektion II „Mission und Einheit“ die Frage nach der missionarischen Kirche auf der Tagesordnung des Weltbundes. Es war schwierig, einen gemeinsamen Sprachgebrauch zu finden. Man einigte sich darauf, Mission als einen umfassenden Begriff zu verstehen, der alle Aspekte kirchlichen Dienstes umfaßt: Gottesdienst, Verkündigung und Gotteslob, Evangelisation ebenso wie Sorge für das Gottesvolk an Leib und Seele und Dienst in der Gesellschaft bis hin zu Widerstand gegen die Mächte des Vorurteils, der Ungerechtigkeit und der Zerstörung. Ziel der Mission ist nicht, die Mitgliederzahl einer Kirche, etwa auf Kosten anderer Kirchen, zu erhöhen, sondern die Weitergabe des Evangeliums an Menschen in Wort und Tat zur Ehre Gottes.

In einem Brief an die Mitgliedskirchen, ihre Missionsgesellschaften und missionarischen Arbeitsstellen soll die missionarische Tätigkeit der Kirchen gestärkt werden. Konkret wird vorgeschlagen, für das Teilhabenlassen an Informationen und an besonderen Anliegen und Aufgaben der Kirchen ein Netzwerk zu errichten und auszubauen, so daß Gemeinden verschiedener Kirchen in ihrer Fürbitte, in ihren Überlegungen und in ihrem Handeln verbindlicher vorgehen können. Es sollten Modelle für die gemeinsame Nutzung vorhandener Ressourcen erarbeitet werden. Entscheidungsprozesse sollten neu strukturiert werden, um die Macht anders aufzuteilen und zu einer angemessenen Beteiligung aller Partnerkirchen bei der Festlegung von Prioritäten und Programmen zu gelangen. Die Beziehungen der Kirchen in der sog. Dritten Welt sollten durch Kontakte untereinander (Süd-Süd-Kontakte) gestärkt werden und auf die theologische Ausbildung, vor allem in den Kirchen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, sollte besonderer Wert gelegt werden. Wichtig war der Generalversammlung, daß Kirchen in einer bestimmten Region ihre missionarischen Aufgaben in Absprache gemeinsam wahrnehmen und daß bestehende bilaterale Kontakte zu multilateralen erweitert werden.

Für die reformierte Kirchenfamilie ist die Zersplitterung untereinander ein besonderes Problem. Nur im reformierten Bereich gibt es verschiedene Weltorganisationen, in fast allen Ländern gibt es verschiedene Kirchen, die zur reformierten, presbyterianischen oder kongregationalistischen Kirchenfamilie gehören. Gerade nach

dem Zweiten Weltkrieg hat sich der Trend zu Spaltungen in manchen Gebieten verstärkt (so z.B. in Korea, wo es zunächst nur eine presbyterianische Kirche gab, jetzt aber etwa 50, die man zum presbyterianischen Bereich zählen könnte). Für das missionarische Wirken der Kirchen wird es unabdingbar sein, daß sich die verschiedenen Kirchen – wenigstens der reformierten Familie – gegenseitig als wahre Kirche Jesu Christi anerkennen, Aufgaben gemeinsam wahrnehmen und wo es möglich ist, Schritte zur Vereinigung tun. Hierbei sollten auch die Kirchen einbezogen werden, die nicht Mitglied des Reformierten Weltbundes sind.

Die bilateralen Dialoge mit anderen konfessionellen Vereinigungen sollen fortgesetzt und um Gespräche mit Pfingstkirchen erweitert werden. Es konnte festgestellt werden, daß die Jünger Christi (Disciples of Christ) und die reformierten Kirchen sich gegenseitig als sichtbaren Ausdruck der einen Kirche Jesu Christi annehmen und anerkennen. Hieraus sollen durch weitere Gespräche und gemeinsame Kontakte die Konsequenzen gezogen werden.

Die Sektion III „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ faßte ihre Ergebnisse in einem Brief an die Kinder und Jugendlichen unseres Planeten zusammen. Er zeigt die große Dringlichkeit, daß sich etwas ändern muß, damit Menschen überleben können. Die reformierten Kirchen bekennen ihre Schuld, daß sie zu wenig gegen Krieg, Unterdrückung und Umweltzerstörung getan haben. Die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung wird als „unmoralisch“ bezeichnet. Die Kirchen, besonders in den Industrieländern, müßten das System, in dem sie leben und das die Schuldenkrise in der Dritten Welt verursache, hinterfragen und für eine neue Weltwirtschaftsordnung eintreten. Notfalls müßten die Kirchen auch mit den Mitteln des zivilen Ungehorsams gegen ungerechte Gesetze vorgehen. Den Menschenrechten sollte innerhalb und außerhalb der Kirchen Geltung verschafft werden, sie sollten auch in den Verfassungen der Kirchen verankert sein.

Die reformierten Kirchen wenden sich eindeutig gegen den Militarismus und setzen sich für den Frieden ein. Die Idee des „gerechten Krieges“ muß kritisch und radikal überdacht werden. Christen haben vom Schalom Gottes her zu denken, und vom Gedanken der christlichen koinonia ist zu fragen, wer überhaupt „Feind“ sein kann. Die jungen Menschen werden aufgerufen, nach Alternativen zum Krieg zu suchen. Die Kirchen sollen sich dafür einsetzen, fremde Militärbasen, die gegen den Willen des Volkes errichtet sind, abzubauen, an der Abrüstung bei allen Nationen zu arbeiten, den Krieg zu ächten und auf Gewalt als Mittel der Konfliktlösung zu verzichten. Die Bestrebungen der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen als Menschenrecht anzuerkennen, sollen unterstützt werden.

Um die Schöpfung zu bewahren, sollen konkrete Aktionen gegen den sog. Treibhauseffekt eingeleitet werden, z.B. durch Energiesparen, durch Einschränkung des Individualverkehrs, durch Aufforstung. Die theologischen und ethischen Herausforderungen der Biotechnik sollen intensiv studiert werden. Die verbreitete Vernichtung weiblicher Föten und die Diskriminierung aufgrund bestimmter genetischer Merkmale werden verurteilt. Der Wert, die Unversehrtheit und die Rechte der ganzen Schöpfung Gottes sollten in einer eigenen Erklärung festgeschrieben werden.

Die Generalversammlung nahm zu zahlreichen konkreten politischen Vorgängen Stellung. Ich möchte auf die drei wichtigsten eingehen:

In der Frage Südafrika und Apartheid wurden die Beschlüsse von Ottawa, Apartheid zur Häresie zu erklären und die weißen niederländisch-reformierten Kirchen, die sie nicht verurteilen, zu suspendieren, eindeutig bestätigt. Ziviler Ungehorsam wurde als notwendige Form des Widerstands anerkannt. Es wurde auch vorgeschlagen, die Regierung Südafrikas als illegitim zu erklären. Während ein großer Teil der Delegierten eine solche Entscheidung begrüßt hätte, ergaben sich doch vereinzelt starke Bedenken, zumal nicht ausreichend geklärt war, aufgrund welcher theologischen Prinzipien ein Staat bzw. eine Regierung für illegitim erklärt werden kann. So wurde diese Frage dem neuen Exekutivausschuß zur weiteren Bearbeitung überwiesen.

Im Gegensatz zu anderen Kirchenbünden beschloß die Generalversammlung ein Wort zu Rumänien. Es wurde bedauert, daß keine Vertreter der rumänischen reformierten Kirche anwesend waren. Die Verletzung der Menschenrechte in Rumänien wurde benannt und angeklagt und der Weltbund aufgefordert, weiterhin alles zu tun, um nach Wegen zu suchen, die Solidarität mit dem Leid der Schwestern und Brüder in Rumänien auszudrücken. Die Mitgliedskirchen sollen ihre Fürbitte fortsetzen, ihre Betroffenheit und Solidarität deutlich machen, gegen die rumänische Führung protestieren und mit den eigenen Regierungen in Verbindung treten, um wirtschaftlichen und politischen Druck auf Rumänien auszuüben.

Wegen des Tagungsortes spielten die Probleme Koreas eine große Rolle. Die Generalversammlung machte sich die Erklärungen der koreanischen Kirchen zu Frieden und nationaler Wiedervereinigung zu eigen. Allen denen, die für Gerechtigkeit, Demokratie und Wiedervereinigung Koreas kämpfen, wurde Solidarität bezeugt. Die Mitgliedskirchen wurden aufgefordert, den Weg Koreas zu nationaler Einheit mit ihrer Fürbitte zu begleiten.

Zu einem Eklat kam es, als von der (progressiveren) „Presbyterianischen Kirche in der Republik Korea“ beantragt wurde, auch zur namentlichen Fürbitte für die Gefangenen aufzurufen, die in Nordkorea gewesen waren, und dies von Vertretern der (konservativeren) „Presbyterianischen Kirche in Korea“ vehement abgelehnt wurde. Hier zeigte sich, unter welchem politischen Druck Vertreter der Kirche standen.

Die 22. Generalversammlung in Seoul hat zu vielen Fragen Stellung genommen. Man könnte meinen zu allzu vielen. Vielleicht wäre weniger mehr gewesen. Ich denke aber, daß deutlich wurde, daß sich die reformierten Kirchen um ein aktuelles Bekennen bemühen. Dabei waren die Diskussionen zu einem großen Teil von Vertretern der Kirchen der Dritten Welt bestimmt. Manche Delegierte hatten ihre Anregungen und Forderungen durch ihr eigenes Verhalten im eigenen Land unterstrichen, manche müssen im Exil leben, mehrere hatten im Gefängnis gesessen. In alledem wurde deutlich, daß das Lob und die Anbetung Gottes, wie sie in den zahlreichen Gottesdiensten erklang, nur dann echt ist, wenn es hineinwirkt in das Leben der Kirchen und Gemeinden im Alltag, auch im politischen Alltag. So war die Generalversammlung in Seoul eine Ermutigung, daß die reformierten Kirchen in aller Welt diesen Weg des Bekennens und des Zeugnisses weitergehen.

Hinnerk Schröder